

KEIN AUSWEG AUS DEM ATHENER DILEMMA

Griechische Innenpolitik in der deutschen und der österreichischen Presse

TÖRÖK BOGLÁRKA

Abstrakt: Kaum eine Woche ist nach den griechischen Wahlen vergangen aber höchstwahrscheinlich werden Neuwahlen nötig sein. Der letzte Termin für die Regierungsbildung wurde am 17. Mai festgesetzt. Im Jahr 2012 geht es bisherig in erster Linie um die Wahlen: Frankreich bekam schon einen neuen Staatspräsidenten, in Schleswig-Holstein, bzw. in Serbien sind die Wahlen bereits vollzogen worden. In Griechenland wird aber einen weiteren Rund stattfinden. Die deutsche Presse befasst sich außer ihrer innenpolitischen Fragen auch mit der griechischen Situation. In diesem Artikel werden Textabschnitte größtenteils aus der deutschen und kleinernteils aus der österreichischen Presse zitiert. Wie reagieren sie auf die sich immer mehr vertiefende politisch-wirtschaftliche Krise? Wie schauen sie sich die Zukunft von Griechenland und der Eurozone an?

Schlüsselwörter: Griechenland, Nea Dimokratia, PASOK, SYRIZA; Regierungsbildung, Antonis Samaras, Evangelos Venizelos, Alexis Tsipras; Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Die Welt, Die Zeit, Der Spiegel, Die Presse, Der Standard.

*

In Griechenland wurde am 6. Mai gewählt, aber bis heute ist es keiner Partei gelungen, eine neue Regierung zu bilden. Die Wahlen widerspiegeln die im Land herrschende chaotische politisch-wirtschaftliche Lage, da keine Partei die Mehrheit für die Regierungsbildung erreichen konnte, nicht einmal so, dass die Partei, die über die meisten Stimmen verfügt, der griechischen Verfassung gemäß automatisch 50 Extramandate erhielt.

Nea Dimokratia (ND) bekam kaum 20% der Stimmen, obwohl es 2009 noch 33,5% war. Die PASOK, früherer Koalitionspartner der ND, von den griechischen Staatsbürgern auch weniger unterstützt wurde, da die 13,2% nur für den dritten Platz ausreichte. Die rechtsradikale SYRIZA ist mit 16,7% zur erfolgreichsten Partei der Wahlen im Mai geworden, weil sie 2009 nur noch 4,6% erhalten hatte. Es ist der parlamentarischen Hürde von 3% zu verdanken, dass vier weitere Parteien ins Parlament einziehen konnten. Die „Unabhängigen Griechen“ haben 10,6%, die Kommunisten 8,5% und die neonazistische „Goldene Morgendämmerung“ 7% und die „Demokratische Linke“ 6,1% erhalten.¹

Die deutsche Presse hat die griechischen Wahlergebnisse in erster Linie in den europäischen Kontext eingebettet. Als Angela Merkel nicht nur nach den französischen Staatspräsidentenwahlen und deutschen Landeswahlen, sondern auch nach den griechischen Parlamentswahlen gefragt wurde, hat sie gemerkt, dass die Fortsetzung „nicht unkompliziert“² werde. Die deutschen Zeitungen interpretierten die Wahlergebnisse ganz anders: laut des *Spiegels* haben die Griechen nicht nur ihre ehemalige Regierung abgestuft, sondern auch die Strategie der EU und des IWF bezüglich des griechischen Rettungsschirms³, weil die meisten Stimmen die rechtsradikale SYRIZA erhalten hat, die während der Kampagne gegen den Sparmaßnahmen gekämpft, und den Austritt aus der Eurozone in Aussicht gestellt hatte. Dagegen betont *Die Zeit*, dass „Griechenland gegen seine Eliten stimmt, nicht gegen Europa“.⁴ Sie hebt hervor, dass die Griechen früher überhaupt nicht gefragt wurden, ob sie mit dem Plan für ihre Rettung einverstanden sind.⁵

¹ Martens, Michael: Konservative und Sozialisten verlieren die Mehrheit. (*F.A.Z.*, 06.05.2012)

² Bannas, Günter: Sorge dich nicht, regiere! „nicht unkompliziert“ (*F.A.Z.*, 07.05.2012)

³ Heyer, Julia Amalia: Peitschenhiebe für die Euro-Retter. (*Der Spiegel*, 06.05.2012)

⁴ Zacharakis, Zacharias: Griechenland stimmt gegen seine Eliten, nicht gegen Europa. (*Die Zeit*, 07.05.2012)

⁵ ebd.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (F.A.Z.) untersucht die politisch-wirtschaftliche Lage in Griechenland direkt aus deutscher Sicht, als sie die Frage stellt: „Was tun die Retter, wenn die zu Rettenden nicht gerettet werden wollen, jedenfalls nicht in der auch von ihrer bisherigen Regierung für „alternativlos“ erklärten Weise?“⁶

Den Ergebnissen entsprechend hat zuerst Antonis Samaras, Führer der Nea Dimokratia, das Recht der Regierungsbildung erhalten. Die PASOK war bereit, mit ihnen eine Koalition zu bilden, aber nicht einmal damit hätten sie die nötige Mehrheit erwerben können. SYRIZA hingegen wollte mit den zwei Großparteien nicht zusammenarbeiten. Nach einigen Stunden von Verhandlungen – nicht einmal den dreitägigen Termin ausnutzend – hat Samaras die Möglichkeit an Alexis Tsipras, Führer der rechtlinken Partei, weitergegeben. Die deutschen Zeitungen betrachteten es immer mehr pessimistisch. Im *Spiegel* wurde es formuliert, dass die Griechen „sich nicht beeindruckt lassen haben, weder von Drohungen noch von Empfehlungen und auch nicht vom eigenen Staatsbankrott.“⁷

Alexis Tsipras, der mit seiner Partei den zweiten Platz in den Wahlen bekommen hat, veränderte sein Slogan für die Zeit der Regierungsbildung, demgemäß würden sie in der Eurozone bleiben, aber seien nicht bereit, ihre Schulden zu bezahlen. Er hält eine Koalition mit der Nea Dimokratia und PASOK für unvorstellbar, weil sie das EU-IWF-Memorandum unterzeichnet haben, das er weiterhin neu verhandeln wollte. Er erklärte das bisherige Übereinkommen für null und nichtig, und begründet es damit, dass es von einer Regierung unterzeichnet wurde, mit der die Griechen aufgrund der Wahlen nicht einverstanden sind. Die deutsche Presse befasst sich auch mit der Persönlichkeit von Tsipras, und sie fast einstimmig negative Meinung formulieren. Die F.A.Z. äußert sich besonders scharfe Kritik: „Zum ersten Mal musste Alexis Tsipras am Dienstag etwas tun, was er in seiner erstaunlichen politischen Karriere zuvor sorgsam vermieden hatte: Verantwortung übernehmen.“⁸

Die F.A.Z. hebt hervor, dass Tsipras versucht, die Gläubiger und Zweifler damit zu beruhigen, dass die deutschen Bedrohungen eigentlich nicht von Bedeutung sind, weil Deutschland und die Eurozone mit Griechenlands Austritt viel mehr verlieren, als sie das Land innerhalb von dem Euroraum behalten würden.⁹ Kein Wunder, dass sich die Fragen hinsichtlich der Reaktion der Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds auf diese Äußerungen vervielfachten. „Warum die Griechenland-Rettung jetzt in Gefahr ist. „Werden sie einem Land weiter Kredit geben, dass den Euro behalten will, aber gleichzeitig nicht gewillt scheint, die dafür nötigen Reformen fortzusetzen? Oder werden sie den Geldhahn zudrehen? Das aber zöge gravierende Konsequenzen nach sich - nicht nur für Griechenland.“¹⁰ Das letzte Wort hat Angela Merkel ausgesprochen: „die Hilfen für Griechenland seien alternativlos“¹¹. Die Verfasser der *Presse* sind skeptischer, wenn sie hinzufügen: „Nun weiß vermutlich niemand besser als Frau Merkel, dass Griechenland vieles schaffen kann, nur eines nicht: die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.“¹²

Da die Regierungsbildung auch Tsipras nicht gelungen ist, wurde die Möglichkeit Evangelos Venizelos, dem Führer der PASOK übergeben. Es schien, dass die Nea Dimokratia und PASOK mit der Demokratischen Linken eine Koalition bilden konnte. Fotis Kouvelis setzte die Voraussetzung fest, dass die Reformen und Sparmaßnahmen nicht mit sofortiger Wirkung, sondern stufenweise eingeführt werden, bzw. die Koalition bis zum 2014 abgeschlossen wird. Venizelos und Samaras nahmen den Kompromiss an, aber einen Tag später hat Venizelos auf die Parteiführung abgedankt. Inzwischen veränderte auch Kouvelis seine Meinung, und teilte mit, dass ohne SYRIZA nicht mehr bereit sei, mit der Nea Dimokratia und PASOK zu koalieren.¹³

Mit der Scheiterung der dritten Regierungsbildung ist Griechenland zur Ausschreibung der Neuwahlen näher gekommen. Als letzte Chance hat Staatspräsident Karolos Papoulias die Vertreter der drei größten Parteien einberufen: Antonis Samaras, Alexis Tsipras und Evangelos Venizelos. Die Verhandlungen führten zu keinen Ergebnissen, deshalb startet Papoulias seinen letzten Versuch, d.h. eine Technokraten-Regierung zu bilden. Diese Vorstellung wurde von Nea Dimokratia, PASOK und SYRIZA gefördert, aber einige Kleinparteien, wie die Demokratische Linke und die Unabhängigen Griechen haben sie abgelehnt.

⁶ Kohler, Berthold: Die Einsamkeit der Zuchtmeisterin. (*F.A.Z.*, 07.05.2012)

⁷ Heyer, Julia Amalia: Griechenland ist unregierbar. (*Der Spiegel*, 07.05.2012)

⁸ Martens, Michael: Jungstar, übernehmen Sie! (*F.A.Z.*, 08.05.2012)

⁹ ebd.

¹⁰ Bernau, Patrick: Warum die Griechenland-Rettung jetzt in Gefahr ist. (*F.A.Z.* 08.05.2012)

¹¹ Sattar, Majid: Immer wieder Wahlkampf. (*F.A.Z.* 11.05.2012)

¹² Schellhorn, Franz: Griechenland muss im Euro bleiben! Echt? (*Die Presse* 21.05.2012)

¹³ Kálnoky, Boris: Griechen steuern Neuwahlen an. (*Die Welt*, 12.05.2012)

Inzwischen hat die europäische politische und Finanzelite den möglichen Austritt von Griechenland aus der Eurozone immer eindeutiger in Erwägung gezogen. *Hans-Werner Sinn*, Chef des Münchener Ifo-Instituts und *Thomas Mayer*, Chefvolkswirt der Deutschen Bank äußerten sich, dass der Austritt von Griechenland Deutschland sehr teuer sei, aber deutlich mehr würde es kosten, wenn das Land im Euroraum verbleibe. Im ersten Fall sollte Deutschland mit 80 Milliarden Euro rechnen.¹⁴ Bundesbank-Präsident *Jens Weidmann* hat die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, wenn Griechenland mit den Sparmaßnahmen aufhören würde, wäre die Finanzierung der griechischen Banken unmöglich.¹⁵ *Hans-Joachim Voth*, Volkswirt in Barcelona hat eine scharfe Kritik geäußert: „Vor zwei Jahren wurde ich noch dafür ausgelacht, dass ich sagte, Griechenland wird den Euro verlassen. [...] Jetzt kann keiner vor dieser Möglichkeit mehr die Augen verschließen.“¹⁶ Sollte diese Situation dazu führen, wäre die Behaltung des übrig gebliebenen Kapitals die erstrangige Aufgabe, weil die griechischen Staatsbürger und Investoren ihr Geld immer mehr ins Ausland überweisen, so dass sich das Chaos weiterhin verbreitete, wenn es sich herausstellte, dass sie ihr Euro plötzlich in Drachmen wechseln sollten. Laut der neusten Umfragen bestehen dagegen 78% der Griechen darauf, dass ihr Land innerhalb der Eurozone bleibt.¹⁷

Die Neuwahlen, die im Juni fällig sind, scheinen unvermeidlich zu sein. Die Experten erwarten die Verstärkung der radikalen Parteien, besonders der rechtsradikalen SYRIZA. Laut der Journalisten der österreichischen Tageszeitung, der *Presse* könnte sie sogar 20,5-25% der Stimmen erwerben.¹⁸ Andere denken wiederum, dass die Staatsbürger zum zweiten Mal eher für die Vermeidung des weiteren Chaos stimmen werden, und diese Einstellung ist für die frühere Regierung von Vorteil. Laut Umfragen wird voraussichtlich jeder fünfte Wähler anders stimmen.¹⁹

Die Arbeitslosigkeitsrate ist in Griechenland bereits auf 21,7%, im Falle von Jugendlichen unter 25 Jahren auf 53,8% gestiegen. *Die Presse* hat auch zu den sozialen Problemen gewandt, die sich aus den Sparmaßnahmen ergaben: „Dass die Menschen dann nicht mehr an ihre Bankeinlagen kämen, Krankenhäuser und Schulen ihren Betrieb kaum noch aufrechterhalten könnten und der Staat keine Gehälter und Renten mehr zahlen würde, haben selbst jene Parteien den Griechen nicht deutlich genug vor Augen geführt, die bisher für das Sanierungsprogramm eingetreten sind.“²⁰

Durch die Krise ist der ganze Euroraum betroffen, weil die gemeinsame Währung mit 1,27 Dollar ihren Tiefpunkt erreicht hat.²¹ *Die Welt* betont, dass die Griechen es verstehen müssen, „dass es nicht um Fragen der Großzügigkeit oder Härte gehe und dass es nicht in der Hand von Regierungen oder europäischen Ratssitzungen liege, über die Notwendigkeit des Reformprogramms zu beschließen. Es gehe also vielmehr darum, wie Griechenland wieder auf einen Wachstumspfad gebracht werden könne. Dabei könnte die Haltung der EU einen entscheidenden Einfluss auf den Wahlausgang haben.“²²

Der Standard untersuchte nicht nur die Problematik, wie die griechische Regierungskrise den Euro betrifft, sondern ist auch darauf eingegangen, welche Wirkungen es auf Österreich ausübt. Die österreichische Tageszeitung fragte danach den Professor der St. Gallen Universität *Christian Keuschnigg*, der ab Juni zum Chef der *Institut für Höhere Studien* wird. Er hält die österreichische Wirtschaftslage für positiv, die durch schwere Wettbewerbsunfähigkeiten nicht gefährdet ist, obwohl er hinzugefügt hat, dass das Land im Interesse der Aufrechterhaltung dieser Position ihre Schulden reduzieren sollte.²³ Genauso wie die anderen österreichischen Zeitungen wird auch hier mit dem Austritt von Griechenland beschäftigt. Laut Keuschnigg würde die Währung in diesem Fall um die 50% abwerten, was für den griechischen Export vorteilhaft ist, aber „möglicherweise ist die Europäische Union nicht gut darauf vorbereitet“.²⁴

¹⁴Siedenbieder, Christian/ Martens, Michael: Griechen-Austritt wurde Deutschland 80 Milliarden kosten. (*F.A.Z.*, 13.05.2012)

¹⁵ ebd.

¹⁶ Siedenbieder, Christian: Raus aus dem Euro. (*F.A.Z.* 12.05.2012)

¹⁷ Hassel, Florian: Die Griechen stehen mit dem Rücken zur Wand. (*Die Welt*, 15.05.2012)

¹⁸ Jessen, Corinna: Regierungsbildung geplatzt: Neuwahlen im Juni. (*Die Presse*, 15.05.2012)

¹⁹ Schlötzer, Christiane: Wie die griechischen Parteien Neuwahlen verhindern wollen. (*Süddeutsche Zeitung*, 10.05.2012)

²⁰ Jessen, Corinna: Regierungsbildung geplatzt: Neuwahlen im Juni. (*Die Presse*, 15.05.2012)

²¹ Schlötzer, Christiane: Wie die griechischen Parteien Neuwahlen verhindern wollen. (*Süddeutsche Zeitung*, 10.05.2012)

²² Eder, Florian/ Kálnoky, Boris: Neuwahlen als nächster Teil der griechischen Tragödie. (*Die Welt*, 15.05.2012)

²³ Triltsch, Clemens: „Man müsste Athen mit Euroaustritt überraschen“. (*Der Standard*, 21.05.2012)

²⁴ ebd.

Fazit

Den griechischen Parteien ist es nicht gelungen, eine Regierung zu bilden. Die einzige Aufgabe der Übergangsregierung ist, die Neuwahlen für den 17. Juni auszuschreiben und zu veranstalten. Die EU und der IWF sind damit einverstanden, dass Griechenland das bisherige Übereinkommen einhalten muss, aber es stellt sich die Frage, ob die künftige Regierung in gleicher Meinung werde. Bis wann werden die Geldgeber das Land noch finanzieren? IWF hat bereits angekündigt, die Verhandlungen mit den Griechen bis zu Neuwahlen einzufrieren. Die deutsche und die österreichische Presse haben die Wirkungen der griechischen Krise auf die Union, die Eurozone und in erster Linie auf sein eigenes Land unter die Lupe genommen. Die Möglichkeit des Austritts aus der Eurozone, der früher in Brüssel als Tabu galt, wird immer häufiger hervorgehoben. Was wäre mit Griechenland ohne Euro, und mit dem Euroraum ohne Griechenland? Die Experten äußern sich ganz anders darüber, währenddessen sie die möglichen Folgen zu prophezeien versuchen. Sollten sich die Griechen für diesen oder jenen im Juni entscheiden, muss sich das Land höchstwahrscheinlich mit weiteren wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten auseinandersetzen.

*

<http://www.southeast-europe.org>
dke@southeast-europe.org

© DKE 2012

Vorsicht. Liebe/r Forscher/in, wenn Sie sich auf diese Studie beziehen, oder Sie davon einen Teil zitieren, bitte schicken Sie uns darüber eine E-Mail an die folgende Adresse dke@southeast-europe.org.

Die Studie ist zu zitieren wie folgt:

Boglárka Török: Kein Ausweg aus dem Athener Dilemma. *Griechische Innenpolitik in der deutschen und der österreichischen Presse. Délkelet-Európa – South-East Europe International Relations Quarterly*, Vol. 3. No. 1. (Frühling 2012) 4 p.

Danke für Ihre Mitwirkung. *Der Chefredakteur.*